

ENERGIEDIENSTE DER LANDESHAUPTSTADT
STUTTGART GMBH

VERGABE VON RAHMENVEREINBARUNGEN
ÜBER DIE ERRICHTUNG VON
PHOTOVOLTAIKANLAGEN IN VIER LOSEN ZUM
ABRUF VON EINZELAUFTRÄGEN
IM WEGE EINER ÖFFENTLICHEN
AUSSCHREIBUNG

PROJEKTVERTRAG

Projektvertrag

über die Errichtung einer Photovoltaik-Anlage

zwischen

der Stadtwerke Stuttgart GmbH,

vertreten durch die Geschäftsführer Dipl.-Ing. Peter Drausnigg und Dipl.-Kfm. Hans-Günther Meier

Kesselstraße 21-23

70327 Stuttgart

- nachfolgend „**Auftraggeber**“ -

und

.....
- nachfolgend „**Auftragnehmer**“ -

- Auftraggeber und Auftragnehmer nachfolgend gemeinsam „**Vertragsparteien**“ -

Präambel

Der Auftraggeber hat gemäß dem Verfahrensleitfaden vom [...] Leistungen in Bezug auf die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen (nachfolgend „**PV-Anlagen**“) ausgeschrieben, die auf der Grundlage der zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer auf erster Stufe geschlossenen Rahmenvereinbarung vom [●] (nachfolgend „**Rahmenvereinbarung**“) und dieses Projektvertrags durch den Auftragnehmer für den Auftraggeber zu erbringen sind.

Der Auftragnehmer hat im Rahmen der Teilnahme am Vergabeverfahren zur Einzelauftragsvergabe (nachfolgend „**Miniwettbewerb**“) auf zweiter Stufe den Zuschlag erhalten.

Dieser Projektvertrag regelt die Rechtsbeziehungen zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber.

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand des Projektvertrags ist die Errichtung einer PV-Anlage durch den Auftragnehmer. Der Auftraggeber überträgt dem Auftragnehmer insoweit die Planung sowie die funktions- und betriebsbereite Montage und Errichtung der PV-Anlage auf dem Gebäude [...].
- (2) Art und Umfang der zu erbringenden Leistungen ergeben sich aus dem Anhang [...] zum Verfahrensleitfaden vom [...] (**Anlage 1**). Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Erbringung aller hierin festgelegten Leistungen. Der Leistungsgegenstand wird zudem durch die nachfolgenden Regelungen konkretisiert.
- (3) Dem Auftragnehmer sind die Örtlichkeiten, insbesondere das vertragsgegenständliche Gebäude [...], vertraut, der Auftragnehmer hat das Gebäude besichtigt. Der Auftragnehmer erklärt, dass er sich vor Vertragsabschluss über Lage und Zustand des Gebäudes und die sonstigen Gegebenheiten auf dem Grundstück, insbesondere Zufahrtswege und deren Beschaffenheit, unterrichtet hat.

§ 2 Vertragsbestandteile

- (1) Es gelten in der nachfolgenden Rangfolge als Vertragsbestandteile:
 - die Regelungen dieses Vertrags,
 - die Regelungen der Rahmenvereinbarung vom [...],
 - dem Anhang [...] zum Verfahrensleitfaden vom [...] (**Anlage [...]**),
 - das Angebot des Auftragnehmers vom [...] mit sämtlichen Anlagen (**Anlage [...]**),
 - die Besonderen Vertragsbedingungen zum Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz – LTMG) (**Anlage [...]**),
 - die „Zusätzlichen Einkaufsbedingungen Arbeitsschutz“ des Auftraggebers (**Anlage [...]**),
 - Arbeitssicherheitsrichtlinie der Stadtwerke Stuttgart GmbH (**Anlage [...]**)
 - Ergänzende Gefährdungsbeurteilung Montage Photovoltaik- / Solaranlagen (**Anlage 6**)

- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für Bauleistungen der VOB/B und die technischen Vertragsbedingungen der VOB/C in der zum Zeitpunkt des Vertragschlusses gültigen Fassung,
 - der Stand der Technik sowie sämtliche einschlägigen technischen Vorschriften und die gültigen DIN-Normen, VDS-Richtlinien, VDI-Richtlinien, VDE-Richtlinien, Vorschriften, Richtlinien und Empfehlungen von Behörden, Berufsgenossenschaften, AMEV, Unfallkasse, Polizei und Versorgungsunternehmen zum Zeitpunkt der Abnahme gültigen Fassung sowie das Gebäudeenergiegesetz (GEG),
 - die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere das Werkvertragsrecht gemäß §§ 631 ff. BGB, wobei §§ 650b bis 650e BGB einvernehmlich abbedungen sind,
 - die Freistellungsbescheinigung nach § 48 b EStG.
- (2) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung.

§ 3 Leistungsumfang

- (1) Die vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen werden durch diesen Projektvertrag und die in § 2 aufgeführten Vertragsbestandteile beschrieben. Der Auftragnehmer hat die in § 1 aufgeführten Planungsleistungen und sämtliche baulichen Leistungen zu erbringen.
- (2) Der Leistungsumfang des Auftragnehmers umfasst neben den Regelungen in Anhang [...] zum Verfahrensleitfaden vom [...] (**Anlage 1**):
- a) Übernahme aller Verkehrssicherungs-, Reinigungs-, Beräumungs- und Streupflichten für die Baustelleneinrichtungsflächen, bis zur endgültigen Fertigstellung und Übergabe der Anlage an den Auftraggeber;
 - b) Schutz des vertragsgegenständlichen Gebäudes und der angrenzenden umliegenden Gebäudeteile sowie der Nachbar- und öffentlichen Grundstücke, Straßen und Wege vor Beschädigung und Verschmutzung, sowie die unverzügliche Beseitigung aufgetretener Beschädigungen und Verschmutzungen;
 - c) Übernahme der Bauleitung gemäß § 45 LBO und sämtlicher SiGeKo-Leistungen;
 - d) Herbeiführung aller Genehmigungen, insbesondere der Baufreigabe, Abnahmen, Gutachten und Prüfungen sowie die Beschaffung und Übergabe mangelfreier Abnahme- und Prüfungsbescheinigungen, die im Zusammenhang mit der Anlage und der angestrebten Nutzung stehen, soweit in diesem Vertrag und den Vertragsbestandteilen nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist;

- e) Erstellung aller für den Betrieb und die Nutzung der PV-Anlage erforderlichen Planungs-, Bedienungs- und Detailunterlagen;
- f) Dokumentation nach Stand der Technik.

§ 4

Allgemeine Leistungsausführung

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle für die Erbringung seiner Leistungen erforderlichen Abstimmungen mit dem Auftraggeber, seinen Nachunternehmern, Behörden, Versorgungsunternehmen, Nutzern und allen weiteren Beteiligten vorzunehmen.
- (2) Der Auftragnehmer hat arbeitstäglich Bautagesberichte zu führen und diese wöchentlich dem Auftraggeber oder dessen Bevollmächtigten zu übergeben.
- (3) Für die Übergabe/Einweisung/Inbetriebnahme der PV-Anlage ist vom Auftragnehmer rechtzeitig, spätestens vier Wochen vor Übergabe/Einweisung/Inbetriebnahme ein entsprechendes Übergabeverfahren vorzuschlagen und mit dem Auftraggeber abzustimmen. Hierbei ist vom Auftragnehmer einzukalkulieren, dass Einweisungen in die Nutzung aller relevanten Funktions- und Anlagenteile mehrfach (mindestens zweifach) und in Anwesenheit der ausführenden Nachunternehmer durchzuführen sind.
- (4) Im Rahmen der Koordinierungs- und Projektmanagementaufgaben bezieht der Auftragnehmer vorausschauend, planend und integrierend auch den Auftraggeber und seine Beauftragten so in seinen Leistungserbringungsprozess ein, dass diese bei den jeweils relevanten Vorgängen rechtzeitig informiert und eingeschaltet werden.
- (5) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Rahmen der Leistungserbringung die Gesundheit und Sicherheit seiner Mitarbeiter zu schützen. Die Anforderungen für sämtliche Arbeiten auf Baustellen sowie in und an den Anlagen der SWS-Gruppe sind vom Auftraggeber detailliert in den „Zusätzlichen Einkaufsbedingungen Arbeitsschutz“ des Auftraggebers (**Anlage 4**) beschrieben und vom Auftragnehmer einzuhalten.

Die regelmäßige Beurteilung der Gefahren und der eventuellen Gesundheitsrisiken für die Mitarbeiter des Auftragnehmers, das Treffen aller notwendigen Schutzmaßnahmen und die Dokumentation in einer Beurteilung der Arbeitsbedingungen BdA liegt in der Verantwortung des Auftragnehmers. Dabei hat der Auftragnehmer zu gewährleisten, dass Gefahren möglichst vermieden werden. Falls dies nicht möglich sein sollte, ist der Auftragnehmer verpflichtet, erforderliche Schutzvorkehrungen zu treffen und seine Mitarbeiter darin ausführlich zu belehren.

- (6) Alle Mitarbeiter des Auftragnehmers, die er auf den vertragsgegenständlichen Baustellen einsetzt, müssen eine G41-Untersuchung erfolgreich absolviert haben. Ferner hat der Auf-

tragnehmer sowohl eine Beurteilung der Arbeitsbedingungen BdA für die von seinen Mitarbeitern zu erbringenden Arbeiten als auch eine jährliche Unterweisung seiner Mitarbeiter zu gewährleisten. Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer darüber hinaus pro Baustelle eine (teilweise) vom Auftraggeber ausgefüllte Beurteilung der Arbeitsbedingungen BdA zukommen lassen. Diese muss vom Auftragnehmer vor Baubeginn ausgefüllt, finalisiert, unterschrieben, an den Auftraggeber zurückgegeben und eingehalten werden.

§ 5 Einsatz von Nachunternehmern

- (1) Der Auftragnehmer ist berechtigt, für die Erfüllung von Teilleistungen Dritte als Erfüllungsgehilfen zu beauftragen.
- (2) Ergänzend zu § 4 Abs. 8 VOB/B wird vereinbart, dass der Auftragnehmer Leistungen nur an Nachunternehmer übertragen darf, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind. Dazu gehört auch, dass die Nachunternehmer ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachkommen und die gewerberechtlichen Voraussetzungen erfüllen.
- (3) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber die Absicht der Beauftragung von Dritten im Sinne von Absatz 1 anzuzeigen und dem Auftraggeber auf Verlangen vor Beauftragung des Dritten schriftlich Art und Umfang der Leistung, die weiter vergeben werden soll, sowie Namen und Anschrift und Berufsgenossenschaft (einschließlich Mitgliedsnummer) des vorgesehenen Nachunternehmers mitzuteilen. Der Auftraggeber ist weiterhin berechtigt, Nachweise über die Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des vorgesehenen Nachunternehmers zu verlangen.
- (4) Stellt der Auftragnehmer bei Leistungen, auf die sein Betrieb eingerichtet ist, Nachunternehmer ein, kann der Auftraggeber dem Auftragnehmer eine angemessene Frist zur Abhilfe setzen und erklären, dass er ihm nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Auftrag entziehe (§ 8 Abs. 3 VOB/B), wenn die eingesetzten Nachunternehmer nicht fachkundig, nicht leistungsfähig oder unzuverlässig sind oder der Auftragnehmer diese Voraussetzungen auf Verlangen des Auftraggebers nicht innerhalb der gesetzten Frist nachweist.

§ 6 Vertretung der Vertragsparteien

- (1) Der Auftraggeber benennt als seinen für die Abwicklung des Projekts bevollmächtigten Vertreter [...]. Dieser ist berechtigt, Anweisungen zu erteilen, die zur technisch und zeitlich ordnungsgemäßen Ausführung der Bauleistungen erforderlich sind. Weitergehende rechtsverbindliche Erklärungen, die während der Abwicklung des Vertrags abzugeben und/oder ent-

gegenzunehmen sind, bleiben ausschließlich dem Auftraggeber vorbehalten. Dies gilt insbesondere für solche Erklärungen, die zu einer Änderung oder Ergänzung des Vertrags führen.

- (2) Der Auftragnehmer benennt als zuständigen Bauleiter und Bevollmächtigten [...]. Dieser ist zur Abgabe und Entgegennahme von rechtsverbindlichen Erklärungen nach diesem Vertrag befugt.
- (3) Unabhängig von Absatz 1 und 2 bleiben gesetzliche Vertretungsbefugnisse unberührt.
- (4) Die Vertragsparteien werden sich gegenseitig unverzüglich schriftlich darüber informieren, sollten sich die Vertretungsverhältnisse ändern.

§ 7

Leistungsänderungen/zusätzliche Leistungen

- (1) Die Anordnung von Leistungsänderungen und zusätzlichen Leistungen, sowie deren Vergütung richtet sich ausschließlich nach den Vorschriften der §§ 1, 2 VOB/B. Die §§ 650b bis 650d BGB werden einvernehmlich abbedungen. Die Vertragsparteien waren sich im Rahmen der Erörterung der §§ 650b bis 650d BGB und deren Geltung darüber einig, dass sie es bei der Behandlung von geänderten/zusätzlichen Leistungen bei den in der Praxis bewährten Regelungen der §§ 1, 2 VOB/B belassen wollen, die unverändert zur Anwendung kommen. Vor Ausübung des Anordnungsrechts durch den Auftraggeber nach § 1 Abs. 3 und 4 VOB/B werden sich die Parteien innerhalb eines Zeitraums von 5 Werktagen um eine Einigung bemühen. Das Anordnungsrecht des Auftraggebers schließt auch das Recht ein, Änderungen der Bauumstände, der Bauzeit bzw. der Ausführungsfristen anzuordnen, es sei denn, eine solche Anordnung stellt einen unangemessenen Eingriff in die betriebliche Disposition des Auftragnehmers dar und ist ihm nicht zumutbar.
- (2) Anordnungen erfolgen aus Beweisgründen schriftlich und dürfen nur von Personen erteilt werden, die zur rechtsgeschäftlichen Vertretung des Auftraggebers nach den Regelungen dieses Vertrags berechtigt sind.
- (3) Als Nebenpflicht hat der Auftragnehmer auch bei Ansprüchen nach § 1 Abs. 3, 4 und § 2 Abs. 5, 6 VOB/B entstehende Mehrkosten dem Auftraggeber unverzüglich und vor Ausführung der Leistungen schriftlich anzuzeigen.
- (4) Der Auftragnehmer ist im Falle einer Anordnung durch den Auftraggeber verpflichtet, dem Auftraggeber vor Ausführung der Leistung unentgeltlich ein schriftliches kostenfreies Nachtragsangebot vorzulegen, das folgende Angaben enthalten muss:
 - a) Darstellung, inwieweit die auszuführende Leistung von der ursprünglich vereinbarten Leistung abweicht oder es sich um eine zusätzliche Leistung handelt;

- b) Darlegung der erfolgten Anordnung; wenn der Auftragnehmer seine Nachtragsforderung auf eine schriftliche Anordnung des Auftraggebers stützt, hat er diese schriftliche Anordnung dem Nachtragsangebot beizufügen;
 - c) Angabe und Erläuterung der Auswirkungen der Leistungsänderung/der zusätzlichen Leistung auf den Bauablauf sowie sonstiger Auswirkungen der Leistungsänderung/zusätzlichen Leistung, insb. zeitliche Auswirkungen sind durch Vorlage eines aktualisierten Bauzeitenplans darzustellen;
 - d) Angabe aller kostenmäßigen Auswirkungen der geänderten/zusätzlichen Leistungen; dies gilt auch für Kosten für eine etwaige Bauzeitverlängerung und Beschleunigungsmaßnahmen.
- (5) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine geänderte oder zusätzliche Leistung auch dann auszuführen, wenn die Vertragsparteien vor Ausführung der Arbeiten keine Vereinbarung abschließen, in der die Auswirkung der Leistungsänderung auf die Vergütung und auf die vereinbarten Ausführungsfristen festgelegt werden. Ein Leistungsverweigerungs- oder Zurückbehaltungsrecht steht dem Auftragnehmer insoweit nicht zu.
- (6) Stundenlohnarbeiten dürfen nur ausgeführt werden, wenn diese durch den Auftraggeber vor der Leistungserbringung ausdrücklich angeordnet werden.

§ 8 Vergütung

- (1) Der Auftragnehmer erhält für die aus diesem Vertrag gemäß § 2 und § 3 zu erbringenden schlüsselfertigen, funktions- und betriebsbereiten Leistungen eine Vergütung in Höhe von:

EUR [...]

(in Worten: [...]).

zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer.

- (2) Mit der Pauschalpreisvergütung sind sämtliche vertraglichen Leistungen abgegolten, soweit sie für die schlüsselfertige und funktions- sowie betriebsbereite Erstellung erforderlich sind. Im vereinbarten Pauschalpreis sind sämtliche Eigenkosten des Auftragnehmers und sämtliche Fremdkosten enthalten, die im Rahmen des Leistungsumfangs nach diesem Vertrag entstehen, soweit nicht in diesem Projektvertrag und seinen Vertragsbestandteilen ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist.
- (3) Der Preis ist ein Festpreis für die gesamte Bauzeit, eine Lohn- und Materialgleitung wird nicht vereinbart.

§ 9 Termine

- (1) Als verbindlichen Termin zum Ausführungsbeginn der PV-Anlage in [...] gemäß § 5 Abs. 1 VOB/B (Vertragsfrist) vereinbaren die Vertragsparteien den [..].
- (2) Als verbindlichen Fertigstellungstermin der PV-Anlage in [...] gemäß § 5 Abs. 1 VOB/B (Vertragsfrist) vereinbaren die Vertragsparteien den [..].

§ 10 Vertragsstrafe

- (1) Gerät der Auftragnehmer mit dem Fertigstellungstermin gemäß § 9 Absatz 2 in Verzug, hat er für jeden Werktag (Montag bis Samstag) der Fristüberschreitung eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,1 % des Nettopauschalpreises zu zahlen. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat.
- (2) Die Vertragsstrafenregelung gilt ebenso im Falle einer Vereinbarung neuer, von § 9 Absatz 1 und 2 abweichender Vertragstermine, soweit in der Vereinbarung nichts Abweichendes geregelt ist. Einer neuen Vereinbarung der Vertragsstrafe für diese Termine bedarf es in diesem Fall nicht.
- (3) Der Auftraggeber ist berechtigt, sich die Geltendmachung der Vertragsstrafe bis zur Fälligkeit der Schlusszahlung vorzubehalten.
- (4) Alle Vertragsstrafen, auch wenn sie aus mehreren Rechtsgründen kumulativ anfallen, sind der Höhe nach insgesamt begrenzt auf maximal 5 % der Nettopauschalpreises.
- (5) Weitere Ansprüche des Auftraggebers bleiben unter Anrechnung der Vertragsstrafe auf Schadensersatzansprüche des Auftraggebers unberührt. Ansprüche auf Schadensersatz des Auftraggebers aus anderen Umständen sind von dieser Regelung nicht berührt.

§ 11 Abnahme

- (1) Die Vertragsparteien vereinbaren eine förmliche Abnahme gemäß § 12 Abs. 4 VOB/B. Eine konkludente Abnahme ist ebenso ausgeschlossen wie die Abnahmefiktionen des § 12 Abs. 5 VOB/B.
- (2) Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf die Durchführung von Teilabnahmen.
- (3) Soweit bei der Abnahme Mängel vorbehalten werden, trägt der Auftragnehmer weiter die Beweislast für die mangelfreie Leistungserbringung.

§ 12 Zahlungen

- (1) Der Auftragnehmer erhält Zahlungen nach folgendem Zahlungsplan:
 - Abschlag von 40% nach vollständiger Lieferung von Wechselrichter und Module der PV-Anlage;
 - Abschlag von 30% nach Abschluss der Fertigstellung der PV-Anlage;
 - Schlusszahlung von 30% nach erfolgreicher Abnahme gemäß § 11 dieses Vertrags.
- (2) Die Rechnungen sind im Original einfach und einfach digital beim Auftraggeber einzureichen.
- (3) Rechnungsprüfungsvermerke stellen kein Anerkenntnis der Rechnung bzw. der dahinterstehenden Forderung des Auftragnehmers durch den Auftraggeber dar. Die Bezahlung von Abschlagsrechnungen stellt weder ein Anerkenntnis des erreichten Bautenstands noch eine Abnahme der ausgeführten Leistung dar.
- (4) Zahlungen sind innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der prüffähigen Rechnung beim Auftraggeber zu erbringen.
- (5) Zahlungen werden bargeldlos in Euro geleistet. Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag der Abgabe oder Absendung des Zahlungsauftrags an das Geldinstitut.
- (6) Bei der Rückforderung des Auftraggebers wegen Überzahlung kann sich der Auftragnehmer nicht auf den Wegfall der Bereicherung berufen.

§ 13 Mängelansprüche

- (1) Die Mängelhaftung richtet sich nach den Vorschriften der VOB/B, soweit im Folgenden nicht etwas anderes geregelt ist.
- (2) Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt abweichend von § 13 Abs. 4 Nr. 1 VOB/B fünf Jahre.

§ 14

Schwarzarbeitsgesetz, Arbeitnehmerentsendegesetz, SGB

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die gesetzlichen Bestimmungen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, des Arbeitnehmerentsendegesetz, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und die Bestimmungen des Sozialversicherungsrechts, insbesondere zur Abführung der Beiträge zu beachten. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber nach Abschluss der Baumaßnahme eine Liste seiner Nachunternehmer zu übermitteln. Der Auftraggeber behält sich entsprechende Kontrollen vor.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber von allen Ansprüchen der Arbeitnehmer des Auftragnehmers, der Arbeitnehmer eines Nachunternehmers und allen Arbeitnehmern aller weiteren nachgeordneten Nachunternehmer und etwaiger Verleiher und der Sozialkassen gemäß § 14 AEntG, § 28e Abs. 3a-f SGB IV und weiterer eine entsprechende Haftung anordnenden gesetzlichen Vorschriften freizustellen.

§ 15

Kündigung

- (1) Für die Kündigung dieses Vertrags gelten die §§ 8 und 9 VOB/B. Im Falle einer Kündigung oder sonstigen Beendigung des Vertrags hat der Auftragnehmer seine Leistung so abzuschließen, dass der Auftraggeber die Leistung ohne Schwierigkeiten übernehmen und die Fortführung derselben durch einen Dritten veranlassen kann. Die Parteien verpflichten sich, den erreichten Leistungsstand in einem gemeinsamen Aufmaß zu ermitteln.
- (2) Jede Kündigung ist schriftlich zu erklären.
- (3) Hat der Auftragnehmer den Kündigungsgrund zu vertreten, so steht diesem eine Vergütung ausschließlich für die bis zum Wirksamwerden der Kündigung ordnungsgemäß erbrachten Leistung zu. Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.
- (4) Der Auftraggeber ist darüber hinaus berechtigt, die Kündigung zu Lasten des Auftragnehmers auf vertraglich abgrenzbare Teilleistungen zu beschränken, auch wenn es sich nicht um abgeschlossene Leistungen im Sinne der §§ 8 Abs. 3 Nr. 1 bzw. 12 Abs. 2 VOB/B handelt.

§ 16

Gefahrtragung

Die Gefahrtragung richtet sich ausschließlich nach § 644 BGB.

§ 17

Bauleistungsversicherung, Bauwasser, Baustrom

- (1) Der Auftragnehmer schließt für die Durchführung des Bauvorhabens auf seine Kosten eine Bauleistungsversicherung unter Einschluss des Bauherrenrisikos ab. Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer einen Nachweis vorzulegen.
- (2) Der Auftragnehmer sorgt auf seine Kosten für Installation sowie für Unterhalt und Verbrauch von Bauwasser, Baustrom, sanitäre Einrichtungen und Verkehrswege auf den Baustellen über die gesamte Bauzeit und entfernt diese Einrichtungen nach Beendigung der jeweiligen Baumaßnahme.

§ 18

Abtretung, Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht

- (1) Eine Abtretung von Forderungen des Auftragnehmers bedarf in jedem Fall der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Teilt der Auftragnehmer für die Abtretung sachlich berechnete Gründe mit, darf der Auftraggeber die erforderliche Zustimmung nicht verweigern.
- (2) Der Auftragnehmer ist zur Aufrechnung, Zurückbehaltung sowie zur Einrede des nicht erfüllten Vertrags nur berechtigt, wenn die Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, anerkannt oder unbestritten sind. Das Recht des Auftragnehmers zur Aufrechnung besteht uneingeschränkt, soweit seine aufgerechnete Forderung mit der Hauptforderung synallagmatisch verknüpft ist.

§ 19

Schlussbestimmungen

- (1) Dieser Projektvertrag wird mit Zuschlagserteilung geschlossen. Er enthält alle getroffenen Vereinbarungen. Weitere schriftliche oder mündliche Nebenabreden bestehen nicht.
- (2) Änderungen oder Ergänzungen des Projektvertrags bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für einen Verzicht auf dieses Schriftformerfordernis.
- (3) Erfüllungsort für sämtliche Leistungs- und Nacherfüllungspflichten des Auftragnehmers ist der Ort des Gebäudes, auf das die PV-Anlage montiert werden soll, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist.
- (4) Für die Rechtsbeziehungen der Vertragsparteien gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).

Projektvertrag (Los 5)

Seite 14 von 14 Seiten

- (5) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Rahmenvertrag ist der Verwaltungssitz des Auftraggebers.
- (6) Sollten Bestimmungen dieses Rahmenvertrags ganz oder teilweise nichtig, rechtsunwirksam oder undurchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, so soll hierdurch die Gültigkeit dieses Rahmenvertrags im Übrigen nicht berührt werden. Das Gleiche gilt, soweit sich in dem Rahmenvertrag eine Lücke herausstellen sollte. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben.
- (7) Anlagen zu diesem Projektvertrag:
- **Anlage 1:** Anhang [...] zum Verfahrensleitfaden vom [...]
 - **Anlage 2:** Angebot des Auftragnehmers vom [...] mit sämtlichen Anlagen
 - **Anlage 3:** Besonderen Vertragsbedingungen zum Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz – LTMG)
 - **Anlage 4:** „Zusätzliche Einkaufsbedingungen Arbeitsschutz“ des Auftraggebers

Ort, Datum

Ort, Datum

Unterschrift Auftraggeber

Unterschrift Auftragnehmer